

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Herr Knoth
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1031
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: dknoth@giessen.de

Datum: 08.02.2007

N i e d e r s c h r i f t

der 8. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

am Montag, dem 29.01.2007,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 00:35 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe
Herr Diedrich Backhaus
Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Helge Reinhold Braun
Herr Klaus Peter Möller

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser Ausschussvorsitzende
Herr Rolf Krieger
Herr Johannes Loheide
Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Christian Otto

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Außerdem:

Frau Karen-Heide Bernard	CDU-Fraktion	(ab 19:10 Uhr bis 21:29 Uhr)
Herr Dieter Gail	CDU-Fraktion	(ab 19:30 Uhr bis 21:40 Uhr)
Frau Inge Bietz	SPD-Fraktion	

Frau Dietlind Grabe-Bolz	SPD-Fraktion	
Herr Gerhard Merz	SPD-Fraktion	
Herr Andreas Walldorf	SPD-Fraktion	
Herr Klaus-Dieter Grothe	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Bettina Speiser	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	(ab 19:45 Uhr)
Herr Prof. Dr. Aris Christidis	Die Linke.Fraktion	
Herr Tjark Sauer	Die Linke.Fraktion	(ab 20:09 Uhr)
Herr Johannes Zippel	FW-Fraktion	
Frau Elke Koch-Michel	Bürgerliste Gießen	(ab 19:05 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Dr. Volker Kölz	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Christoph Zöb	Dezernat I	(ab 19:19 Uhr)
Herr Thomas Gernandt	Stellv. Leiter der Kämmerei	(bis 22:45 Uhr)
Herr Matthias Bender	Kämmerei	(bis 22:45 Uhr)
Herr Steffen Geier	Kämmerei	(bis 22:45 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schifführer	
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schifführerin	(bis 23:15 Uhr)

Entschuldigt:

Herr Thomas Rausch	Stadtrat
Herr Dr. Reinhard Kaufmann	Stadtrat

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, bittet, den nachstehenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen und ihn als Änderungsantrag zum Haushaltsplan unter TOP 5.3 zu behandeln:

*Erhöhung der Hhst.: 715.000.5 - Theaterzuschuss -, UA 3310 Stadttheater, um 30.000,- €
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 25.01.2007 -*

Der Aufnahme des vorgenannten Antrages auf die Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Des Weiteren beantragt **Stv. Möller**, CDU-Fraktion, die Tagesordnungspunkte 13 - *HFWR-Ausschuss und Bürgerschaft für Gießen 46ers*, Antrag der Die Linke.Fraktion vom 16.01.2007, STV/0738/2007 - und 13.1 - *Antrag der GISPO GmbH (46ers) an den Magistrat*, Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 09.01.2007, STV/0716/2007 - im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, spricht gegen den Antrag. Er führt u. a. aus, dass natürlich alles das, was mit der wirtschaftlichen Situation der 46ers zusammenhängt, unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden sollte. Aber alle grundsätzlichen Fragen der Bürgerschaft, auch die Entscheidung über den eigentlichen Antrag gehöre in den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dem Antrag auf Verschiebung der TOP's 13 und 13.1 in den nicht öffentlichen Teil wird mehrheitlich zugestimmt. (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE)

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, beantragt, die beiden Tagesordnungspunkte 15 - *Klärungsbedarf bzgl. der Ausfallbürgerschaft für die GISPO GmbH*, Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 09.01.2007, STV/0719/2007 - und 15.1 - *Ausfallbürgerschaft*, Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 05.01.2007, STV/0730/2007 - in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, spricht gegen den Antrag.

Der Antrag auf Verschiebung der TOP's 15 und 15.1 in den öffentlichen Teil der Sitzung wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE)

Somit ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm - Antrag des Magistrats vom 09.01.2007 - STV/0717/2007

3. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach
- Antrag des Magistrats vom 09.01.2007 - STV/0718/2007
4. Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss der MAB zum 31.12.2006
- Antrag des Magistrats vom 21.12.2006 - STV/0698/2006
5. Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2007
- 5.1. Einstellung einer neuen Haushaltsstelle mit der Bezeichnung "Medizintechnikzentrum"
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 - STV/0720/2007
- 5.2. Einstellung einer neuen Haushaltsstelle mit der Bezeichnung "besondere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme"
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 - STV/0724/2007
- 5.3. Magistratsänderungslisten, Änderungsanträge der Fraktionen und des Jugendhilfeausschusses sowie Anregungen der Ortsbeiräte
- 5.4. Haushaltssatzung
6. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 23.11.2006 - STV/0588/2006
7. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 23 -
- Antrag des Magistrats vom 28.11.2006 - STV/0597/2006
8. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 23 -
- Antrag des Magistrats vom 06.12.2006 - STV/0624/2006
9. Gründung einer Stadtmarketing GmbH "Gießen GmbH"
- Antrag des Oberbürgermeisters vom 27.11.2006 - STV/0574/2006

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 10. | Gründung einer Projektgesellschaft zur Vermarktung der Wohnflächen nach Abzug der US-Armee
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 - | STV/0626/2006 |
| 11. | Professionelles Regionalmanagement und effektive Wirtschaftsförderung durch Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung mit dem Kreis Gießen
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 - | STV/0627/2006 |
| 12. | Vergabepaxis bei der Anbringung von Werbetafeln auf städtischen Flächen
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 15.01.2007 - | STV/0731/2007 |
| 13. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm - Antrag des Magistrats vom 09.01.2007 -

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm wird gewählt:

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm wird gewählt:

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

3. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach - Antrag des Magistrats vom 09.01.2007 -** **STV/0718/2007**
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach wird gewählt:

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach wird gewählt:

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

4. **Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss der MAB zum 31.12.2006 - Antrag des Magistrats vom 21.12.2006 -** **STV/0698/2006**
-

Antrag:

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss der Mittelhessischen Abwasserbetriebe zum 31.12.2006 wird die ANDAMOS GmbH in Gießen bestellt.

Stv. Schirmer, SPD-Fraktion, merkt an, der Vorschlag der Betriebskommission, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Andamos aus Gießen mit der Prüfung zu beauftragen, sei durch einen Umlaufbeschluss herbeigeführt worden. Der Umlaufbeschluss sei nicht zu beanstanden, jedoch die Vorgehensweise von Herrn Rausch. Mit einem Schreiben wurden die Mitglieder der Betriebskommission darüber in Kenntnis gesetzt, dass eine Sitzung nicht erforderlich sei, da davon ausgegangen werde, dass kein Erörterungsbedarf bestehe. Er empfindet das Verhalten und die Vorgehensweise von Herrn Rausch „unerträglich“. Ganz sicher werde man sich in der nächsten Sitzung der Betriebskommission mit diesem Thema beschäftigen.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, bittet den Magistrat, die nachfolgende Fragen bis zur Stadtverordnetensitzung am 08.02.2007 zu beantworten:

- *Auf welche Summe (Schätzung) belaufen sich Reisekosten und Tagesspesen, wenn ein auswärtiges Unternehmen für den Jahresabschluss der Mittelhessischen Abwasserbetriebe bestellt wird.*
- *Gibt es in Gießen kein weiteres Unternehmen, das als Abschlussprüfer bestellt werden könnte?*

Stadtrat Dr. Kölb sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Schirmer, Janitzki, Stadtrat Dr. Kölb, Bürgermeisterin Weigel-Greilich und Oberbürgermeister Haumann.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt.
(Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: LINKE)

5. Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2007

5.1. Einstellung einer neuen Haushaltsstelle mit der STV/0720/2007 Bezeichnung "Medizintechnikzentrum" - Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Haushaltsplan 2007 eine neue Haushaltsstelle mit der Bezeichnung „Medizintechnikzentrum“ einzustellen und diese mit einer VE von 300.000 EUR zu versehen.

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, ist der Meinung, dass es notwendig sei, als Ausgabebedarf im Haushaltsjahr der Verpflichtungsermächtigung eine Summe einzustellen. In der Form, wie der Antrag formuliert sei, könne er unmöglich zugestimmt werden.

Aufgrund der Anmerkung von Stv. Loheide ändert Stv. Möller für die antragstellenden Fraktionen die Vorlage STV/0720/2007 wie folgt:

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Haushaltsplan 2007 **im Vermögenshaushalt** eine neue Haushaltsstelle mit der Bezeichnung „Medizintechnikzentrum“ **in Höhe von 10.000,- € einzustellen** und diese mit einer VE von 300.000,- € zu versehen.*

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stv. Grabe-Bolz, Prof. Dr. Christidis, Möller, Merz, Schirmer und Stadtrat Dr. Kölb.

Beratungsergebnis: Geändert mehrheitlich zugestimmt.
(Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: LINKE)

5.2. Einstellung einer neuen Haushaltsstelle mit der Bezeichnung "besondere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme" - Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 -

STV/0724/2007

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Haushaltsplan 2007 eine neue Haushaltsstelle mit der Bezeichnung „besondere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ einzustellen und diese mit einer VE von 700.000 EUR zu versehen.

Aufgrund der Anmerkung von **Stv. Loheide** unter TOP 5.1 ändern die antragstellenden Fraktionen die Vorlage wie folgt:

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Haushaltsplan 2007 **im Vermögenshaushalt** eine neue Haushaltsstelle mit der Bezeichnung „besondere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ **in Höhe von 10.000,- € einzustellen** und diese mit einer VE von 700.000,- € zu versehen.*

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Grabe-Bolz, Scherer, Möller, Merz, Schirmer, Koch-Michel, Zippel, Stadtrat Dr. Kölb und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.
(Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)

5.3. Magistratsänderungslisten, Änderungsanträge der Fraktionen und des Jugendhilfeausschusses sowie Anregungen der Ortsbeiräte

STV/0458/2006 Magistrats-Änderungsliste Nr. 1 zum Haushalt 2007 - VWH - - Antrag des Magistrats vom 08.10.2006 - Hhst.: 1.0510.654000 - Hhst.: 1.2400.672000 - Hhst.: 1.2810.672000 Hhst.: 1.4535.760000, 1.4550.760000, 1.4552.760000, 1.4554.760000, 1.4555.760000, 1.4556.672000, 1.4556.760000, 1.4557.162200, 1.4557.672100, 1.4557.770000, 1.4557.770200, 1.4557.771000, 1.4561.760000 -	 Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE) Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE) Einstimmig zugestimmt. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE) Einstimmig zugestimmt. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
--	--	--

Hhst.: 1.7910.61000	Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE)	
Hhst.: 1.7910.654000, 1.7910.716100, 1.8410.715000	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 1.9010.041000, 1.9020.832000	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
STV/0656/2006 Magistrats-Änderungsliste Nr. 2 zum Haushalt 2007 - VWH - - Antrag des Magistrats vom 12.12.2006 -		Zur Hhst.: 1.1150.560000, Dienst- und Schutzkleidung, VWH, Magistrats-änderungsliste Nr. 2, bittet Stv. Loheide , SPD-Fraktion, bis zur Stadtverordnetensitzung am 08.02.2007 die Organisationsmaßnahmen (Aufstockung der Stellen) näher zu erläutern. Stadtrat Dr. Kölb sagt schriftliche Beantwortung der Fragen zu.
Hhst.: 1.0001.718100	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 1.0200.652200	Einstimmig zugestimmt	
Hhst.: 1.0204.655000	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE)	
Hhst.: 1.0220.410000	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 1.0220.411000	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 1.0220.430000, 1.0220.562000, 1.0300.168000, 1.0301.410000, 1.0301.411000, 1.0301.430000, 1.0301.414000, 1.301.434000, 1.0301.444000, 1.0301.448000, 1.0301.520000, 1.0301.562000, 1.0301.575000, 1.0301.650000, 1.0301.651000, 1.0301.652000, 1.0301.652200, 1.0301.655000, 1.0301.662000	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 1.0610.159000, 1.0630.410000, 1.0630.411000, 1.0630.430000, 1.1150.560000, 1.1150.571100, 1.1150.571200, 1.1150.571300, 1.1200.571000, 1.1200.610000	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 1.2110.585100, 1.2110.586000, 1.2250.593200	Einstimmig zugestimmt	
Hhst.: 1.2300.505000	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 1.2810.500000, 1.2810.541000, 1.2950.110000, 1.3310.715000	Einstimmig zugestimmt. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 25.01.2007 - UA 3310 „Stadttheater“, Hhst.: 715.000.5	Einstimmig zugestimmt.	
Hhst.: 1.3601.515000	Einstimmig zugestimmt. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 1.4080.672000, 1.4390.704000,	Einstimmig zugestimmt	

<p>1.4390.704200</p> <p>Hhst.: 1.4542.161000, 1.4542.760200, 1.4640.161100</p> <p>Hhst.: 1.4640.414000, 1.4640.434000, 1.4640.444000, 1.4640.448000, 1.4641.161000</p> <p>Hhst.: 1.4641.718000, 1.4641.718100, 1.5510.530000, 1.6130.100000, 1.7020.571100, 1.7500.110000 -</p> <p>Hhst.: 1.8800.504000, 1.8800.542000, 1.9000.001000, 1.9000.003000, 1.9000.010000, 1.9000.012000, 1.9000.091000, 1.9000.261000, 1.9000.261100, 1.9000.810000, 1.9120.206000, 1.9120.207000, 1.9120.806000, 1.9120.807000</p>	<p>Einstimmig zugestimmt. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)</p> <p>Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; NT: LINKE)</p> <p>Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)</p> <p>Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)</p>	
<p>STV/0687/2006 Bezüge d. Beamten, Hhst.: 1.0001.410000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -</p>	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
<p>STV/0680/2006 Bezüge der Beamten - Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 19.12.2006 -</p>	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
<p>STV/0697/2006 Versorgungsbezüge Beamte, Hhst.: 1.0001.430000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -</p>	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
<p>STV/0674/2006 Ausländerbeirat, Vergütung der Angestellten, Hhst.: 1.0003.414000, - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12.2006 -</p>	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
<p>STV/0676/2006 Ausländerbeirat, Versorgungskasse Beiträge für Angestellte, Hhst.: 1.0003.434000 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12..2006 -</p>	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
<p>STV/0675/2006 Ausländerbeirat, Sozialversicherungskasse Beiträge f. Angestellte, Hhst.: 1.0003.444000 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12.2006 -</p>	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
<p>STV/0693/2006 Einsetzung einer neuen HH-Stelle „Sprachkurse für Migrantinnen“ - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.12.2006 -</p>	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
<p>STV/0685/2006 Stellenplan, Nachwuchskräfte in der Ausbildung - Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 19.12.2006 -</p>	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Loheide, Koch-Michel und Obgm. Haumann.
<p>STV/0683/2006 Stellenplan, Hhst.: Nachwuchskräfte in der Ausbildung - Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 19.12.2006 -</p>		Zurückgestellt!
<p>STV/0681/2006 UA Amt für Umwelt und Natur, Hhst.: NEU</p>	Geändert einstimmig zugestimmt.	Nach ausführlicher Diskussion, an der sich die Stv. Koch-

<p>Mitgliedschaft/Beitritt zum Klimabündnis - Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 19.12.2006 -</p>		<p>Michel, Schirmer, Dr. Deetjen, Janitzki, Merz, Bietz, Grabe-Bolz, Grothe, Scherer und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beteiligen, ändert die Antragstellerin auf Anregung des Stv. Dr. Deetjen ihren Antrag wie folgt: „Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 0,- auf 500,- € neu festzusetzen.“</p>
<p>STV/0696/2006 Gastschulbeiträge, Hhst.: 1.2 UA 2300-2810, - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)</p>	<p>An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Merz, Janitzki, Braun und Stadtrat Dr. Kölb.</p>
<p>STV/0667/2006 Schulsozialarbeit, Hhst.: Neu, - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2006 -</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)</p>	<p>An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Bietz, Dr. Deetjen, Grabe-Bolz, Grothe, Koch-Michel, Stadtrat Dr. Kölb und Bgm. Weigel-Greilich.</p>
<p>STV/0688/2006 Zuschuss für Gießener Meisterkonzerte, Hhst.: 1.3320.718000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)</p>	
<p>STV/0673/2006 Unterh. Garten-, Grün-, Außenanlagen, Hhst.: 1.3601.515000 - Antrag der FW-Fraktion vom 20.12.2006 -</p>		<p>Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück!</p>
<p>STV/0679/2006 Zuschüsse an Vereine und Verbände, Hhst.: 1.4390.704200 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12.2006 -</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: LINKE; StE: SPD)</p>	<p>An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Janitzki, Bietz und Dr. Deetjen.</p>
<p>STV/0692/2006 Zuschüsse an Vereine und Verbände, Hhst.: 1.4390.704200 - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.12.2006 -</p>	<p>Einstimmig zugestimmt.</p>	
<p>STV/0682/2006 UA 4390 Andere soziale Einrichtungen, Hhst.: NEU Zuschuss zur Gießener Tafel - Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 19.12.2006 -</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)</p>	<p>An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Koch-Michel, Dr. Deetjen, Grothe, Merz, Janitzki, Gail, Möller, Stadtrat Dr. Kölb, Bgm. Weigel-Greilich und Obgm. Haumann.</p>
<p>STV/0664/2006 Zuschuss Jugendgruppen - städt. Richtlinien - Antrag des Jugendhilfeausschusses vom 15.12.2006</p>	<p>Einstimmig zugestimmt.</p>	
<p>STV/0678/2006 Städt. Kindergärten, Arbeitnehmerentgelte, Hhst.: 1.4640.414000 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 20.12.2006 -</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)</p>	<p>An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Janitzki, Merz, Stadtrat Dr. Kölb und Bgm. Weigel-Greilich.</p>
		<p>Auf Antrag von Stv. Koch-Michel werden die nachfolgenden Ausführungen von Bgm. Weigel-Greilich wörtlich zu Protokoll genommen.</p> <p>Bürgermeisterin Weigel-Greilich: „Wir haben in dieser turbulenten Haushaltssitzung die Sachen reingestellt, ohne - wie das gutes Recht der Opposition ist - auf die Deckungsvorlage zu</p>

		achten. Dann gab es eine Haushaltsgenehmigung des RP's mit Auflagen, da stand unter anderem drin, dass wir den Stellenplan nicht ausweiten dürfen. Dann gab es eine Kommunalwahl und danach gab es eine neue Mehrheit. Und da gab es Koalitionsverhandlung und die haben 2 ½ Stellen statt 14 Stellen beschlossen. Und das ist dann das Ergebnis hier. Und mehr kann man dazu nicht sagen.“
STV/0695/2006 Vergütung der Angestellten (Städt. Kindergärten), Hhst.: 1.4640.414000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
STV/0694/2006 Betriebskostenzuschüsse (Kindergärten sonst. Träger), Hhst.: 1.4641.718000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
Sachliche Aufwendungen für Sport , Hhst.: 1.5510.625000 - Anregung des Ortsbeirates Rödgen vom 12.12.2006 -	Einstimmig zugestimmt.	Die Anregung wird von der FW-Fraktion übernommen. Stadtrat Dr. Kölb gibt zu Protokoll, dass er auf die Haftungsansprüche hingewiesen habe.
STV/0672/2006 Betriebskosten Winterdienst, Hhst.: 1.6300.576000 - Antrag der FW-Fraktion vom 20.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE)	
STV/0689/2006 Verkehrszeichen und Lichtsignalanlagen, Hhst.: 1.6650.510200 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE)	
STV/0686/2006 Förderung Industrie und Gewerbe, Hhst.: 1.7910.610000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE)	
STV/0677/2006 Gewerbesteuer, Hhst.: 1.9000.003000 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE)	An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Janitzki und Scherer.
Vermögenshaushalt		
STV/0655/2006 Magistrats-Änderungsliste Nr. 1 zum Haushalt 2007 - VMH - - Antrag des Magistrats vom 12.12.2006 - Hhst.: 2.0610.36100 001 ,2.1300.940200 001 Hhst.: 2.2110.935000 035, 2.2110.940500 040 Hhst.: 2.2250.935000 035, 2.2300.940200 040, 2.2300.940320 040, 2.2810.940320 040, 2.2810.940500 040, 2.2810.940510 040, 2.2810.940700 040	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE) Einstimmig zugestimmt. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE) Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	Zur Hhst.: 2.6300.951390 051, Straßenbau Baugebiet Rechtenbacher Hohl, VMH, Magistratsänderungsliste Nr. 1, bittet Stv. Koch-Michel , Bürgerliste Gießen, bis zur Stadtverordnetensitzung am 08.02.2007 um Erläuterung, welche weiteren Planungen für das Baugebiet vorgesehen sind. Stadtrat Dr. Kölb sagt schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Hhst.: 2.3601.960100 001, 2.3601.960400 060	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 2.5600.940000 040	Einstimmig zugestimmt	
Hhst.: 2.6300.951390 051	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hhst.: 2.6300.952120 052, 2.6300.955600 055	Einstimmig zugestimmt	
Hhst.: 2.6900.950040 050	Einstimmig zugestimmt	
Hhst.: 2.7700.949000 001, 2.8410.987100 098, 2.8800.935000 001, 2.9010.361200 001, 2.9110.371100 001, 2.9110.377000 001, 2.9120.976000 001, 2.9120.977000 001	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE)	
Hochbau - allgemeiner Investitionsaufwand, Hhst.: 2.1300.949000 001 - Umbaumaßnahmen zur Realisierung eines Jugendraumes im Feuerwehrgerätehaus Rödgen - Anregung des Ortsbeirates Rödgen vom 12.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	Die Anregung wird von der SPD- Fraktion übernommen.
STV/0668/2006 Sanierung Außenfassade Goetheschule, Hhst.: 2.2110.940600 040 - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE)	
STV/0666/2006 Brandschutz Friedrich-Ebert-Schule, Hhst.: 2.2810.940800 040 - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2006	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE)	
Ausbau, Neugestaltung vorhandener Spielplätze , Hhst.: 2.4606.960100 060 - Anregung des Ortsbeirates Rödgen vom 12.12.2006 -		Stadtrat Dr. Kölb teilt mit, dass die Maßnahme in diesem Jahr durchgeführt werde. Aufgrund der Aussage von Stadtrat Dr. Kölb wird die Anregung von keiner Fraktion übernommen.
Kleinspielfeld am Sportplatz Rödgen , Hhst.: 2.5600.960190 060 - Anregung des Ortsbeirates Rödgen vom 12.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	Die Anregung wird von der SPD- Fraktion übernommen.
STV/0669/2006 Kunstrasenplatz VfB-Sportgelände, Hhst.: 2.5600.960210 060 - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2006 -	<i>Zurückgestellt!</i>	
STV/0684/2006 Basketballkorbanlage Lützellinden, Hhst.: 2.5600.961400 060 - Antrag der BLG-Stadtratsmitglieder vom 19.12.2006 -	Zurückgezogen!	Stadtrat Dr. Kölb teilt mit, dass die Haushaltsmittel aus 2006 ins Jahr 2007 übertragen werden und die Maßnahme in diesem Jahr durchgeführt werde. Die Antragstellerin zieht aufgrund der Aussage von Stadtrat Dr. Kölb den Antrag zurück!
Gewerbefläche Lützellinden , Hhst.: 2.6100.941300 001 - Anregung des Ortsbeirates Lützellinden vom 13.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE)	Die Anregung wird von der BLG- Stadtratsmitglieder übernommen.

Sanierung von Gehwegen , Hhst.: 2.6300.952020 052 - Anregung des Ortsbeirates Kleinlinden vom 20.12.2006 -	Einstimmig zugestimmt.	Die Anregung wird von den Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP übernommen.
Beruhigungsinsel Eingang Kleinlinden/Wetzlarer Straße , Hhst.: 2.6650.952200 052 - Anregung des Ortsbeirates Kleinlinden vom 20.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	Die Anregung wird von der SPD-Fraktion übernommen.
STV/0691/2006 Umgestaltung Berliner Platz/Ludwigsplatz, Hhst.: 2.6650.955100 055 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
Überquerungshilfe/Ampelanlage L 3054 Rheinfelser Straße , Hhst.: 2.6650.965010 065 - Anregung des Ortsbeirates Lützellinden vom 13.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	Die Anregung wird von der SPD-Fraktion übernommen. An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Krieger, Asboe, Koch-Michel, Möller, Loheide und Stadtrat Dr. Kölb.
STV/0690/2006 Hochwasserschutzdamm Weststadt, Hhst.: 2.6900.955000 055 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	
Befestigung des Festplatzes Wieseck , Hhst.: 2.7340.960000 060 - Anregung des Ortsbeirates Wieseck vom 07.12.2006 -	Einstimmig zugestimmt.	Die SPD-Fraktion übernimmt die Anregung und ändert den Antrag wie folgt: <i>„Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf von 0,- auf 10.000,- € für die Befestigung des Festplatzes Wieseck neu festzusetzen.“</i>
Sanierung Backhaus Rödgen , Hhst.: 2.7610.940000 040 - Anregung des Ortsbeirates Rödgen vom 12.12.2006	Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)	Die Anregung wird von der SPD-Fraktion übernommen.
Kanalerneuerungsabschnitt im Bereich Zum Weiher/Sportfeld (Rückhaltebecken) - Anregung des Ortsbeirates Kleinlinden vom 20.12.2006 -		Die Anregung wird von keiner Fraktion übernommen.

5.4. Haushaltssatzung

Beratungsergebnis:

Der Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2007 wird **(mit beschlossenen Änderungen)** mehrheitlich zugestimmt. (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE)

6. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 66 - STV/0588/2006 - Antrag des Magistrats vom 23.11.2006 -

Antrag:

Bei der Haushaltsstelle 2.6300052.952240 - Gehweg- und Fahrbahnsanierung Jahnstraße - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

16.228,50 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 2.6700001.950000 - Straßenbeleuchtung -.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

7. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 23 - STV/0597/2006
- Antrag des Magistrats vom 28.11.2006 -

Antrag:

Bei der Haushaltsstelle 1.8550.518000.3 - Unternehmereinsatz - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

48.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 1.8550.130000.4 - Holzverkauf -.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

8. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 23 - STV/0624/2006
- Antrag des Magistrats vom 06.12.2006 -

Antrag:

Bei der Haushaltsstelle 1.8800.504000 - Bauliche Unterhaltungsarbeiten - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

20.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 1.0610.530000 - Mieten, Pachten u. ä. -.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

9. Gründung einer Stadtmarketing GmbH "Gießen GmbH" STV/0574/2006
- Antrag des Oberbürgermeisters vom 27.11.2006 -

Antrag:

Dem Konzept zur Gründung einer Stadtmarketing Gesellschaft wird zugestimmt.

Gleichzeitig wird der Magistrat der Universitätsstadt Gießen, unter Federführung des Oberbürgermeisters, beauftragt, die Gründung einer Stadtmarketing Gesellschaft weiterhin voranzutreiben und das Konzept umzusetzen.

Der Magistrat hat in der HFWR-Sitzung am 11.12.2006 im Antragstext das Wort „Konzept“ durch das Wort „Eckpunktepapier“ ersetzt. **Somit lautet die geänderte Vorlage wie folgt:**

*„Dem **Eckpunktepapier** zur Gründung einer Stadtmarketing Gesellschaft wird zugestimmt. Gleichzeitig wird der Magistrat der Universitätsstadt Gießen, unter Federführung des Oberbürgermeisters, beauftragt, die Gründung einer Stadtmarketing Gesellschaft weiterhin voranzutreiben und das **Eckpunktepapier** umzusetzen.“*

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, äußert seine Verwunderung darüber, dass das Eckpunktepapier in der Sitzung zur Entscheidung anstehe, obwohl man sich zunächst parteiübergreifend zusammensetzen wollte, um die Möglichkeiten gemeinsam auszuloten. Aus diesem Grunde könne man dem Antrag nicht zustimmen, wolle ihn aber auch nicht ablehnen.

Oberbürgermeister Haumann bittet, der Vorlage zuzustimmen, damit an dem Thema weitergearbeitet werden könne. Schließlich könne - wie es das vom Büro Heinz ausgearbeitete Papier empfiehlt - die Gesellschaft auch mit einem kleinen Gesellschafterkreis und wenigen Geschäftsfelder starten.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, kündigt an, der Vorlage zuzustimmen. Die noch offenen Fragen könnten in der nächsten Zeit sukzessive abgearbeitet werden. Eine Ablehnung der Vorlage wäre ein schlechtes Signal nach außen.

Stv. Prof. Dr. Christidis, Die Linke.Fraktion, fragt, ob nicht auch ein gemeinnütziger Verein die Aufgaben übernehmen könne.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, entgegnet, dass die Erfahrung aus anderen Städten zeige, dass nur GmbHs dazu geeignet seien.

Stv. Zippel, FW-Fraktion, ist der Meinung, dass der Oberbürgermeister die Stadtmarketing-Gesellschaft vorantreiben und dann inhaltlich weiter ausgestalten solle.

An der Diskussion beteiligen sich weiterhin die Stv. Backhaus, Grabe-Bolz, Merz, Dr. Deetjen, Scherer, Janitzki, und Koch-Michel.

Beratungsergebnis: Geändert mehrheitlich zugestimmt.
(Ja: CDU/GR/FDP; Nein: LINKE; StE: SPD)

10. **Gründung einer Projektgesellschaft zur Vermarktung der Wohnflächen nach Abzug der US-Armee**
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 -

STV/0626/2006

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, schnellstmöglich eine **Projektgesellschaft zur Vermarktung der freiwerdenden Wohnflächen** nach Abzug der US-Armee zu gründen.

Stv. Zippel, FW-Fraktion, trägt die Begründung des Antrags vor.

Stv. Schirmer, SPD-Fraktion, erinnert an eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema von vor zwei Jahren. Die anwesenden Fachleute seien einhellig der Meinung gewesen, die Stadt müsse eine Organisation bilden, die die Vermarktung angehe. Seine Fraktion habe damals auch einen entsprechenden Antrag eingebracht; dem sei entgegnet worden, es sei noch zu früh. - Der jetzige Antrag der FW-Fraktion sei inhaltlich richtig, komme allerdings sehr spät.

Oberbürgermeister Haumann weist daraufhin, dass die Stadt nicht Eigentümer des Geländes sei. Das Areal gehe in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland über, und diese betreibe dann die Vermarktung. Über Arbeitskreise, die landesweit zusammengefasst und in denen sowohl der Baudezernent wie auch der Oberbürgermeister vertreten seien, seien die Überlegungen auch der Stadt Gießen der Bundesregierung wiederholt und schriftlich vorgetragen worden. Bisher sei von dort die Antwort gekommen, es stehe noch nicht fest, nach welchen Prinzipien die Flächen veräußert werden; möglicherweise würden die Flächen in Friedberg, Bad Nauheim, Butzbach und Gießen als eine Einheit auf dem Markt angeboten. Solange die Art der Veräußerung nicht feststehe, könne die Stadt mit möglichen Investoren keine ernsthaften Gespräche über die Verwendung der Flächen führen. Wichtig sei, dass die Grundlagenplanungen, z.B. mittels des Masterplans, durch die Stadt erfolgt seien und ein späterer Investor an diesen Festlegungen der Stadt nicht vorbeikomme. Die Stadt verfolge die Angelegenheit aufmerksam und aktiv, aber hektischer Aktionismus sei nicht geboten.

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, spricht sich für den FW-Antrag aus. Der einzige Weg, das Heft des Handelns einigermaßen in der Hand zu behalten und nicht dem Willen irgendwelcher Fonds ausgeliefert zu sein, sei, Investoren zu suchen und zu finden, die ihre Vorhaben nicht gegen, sondern mit der Stadt umsetzen wollen.

Stv. Braun, CDU-Fraktion, sieht für die Gegenwart als realistische Möglichkeiten nur die Einflussnahme auf den Bund hinsichtlich der Vergabe der Flächen sowie über das Planungsrecht dafür zu sorgen, dass ohne die Mitwirkung der Stadt an den Grundstücken kein Investor „Spaß“ habe.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt.
(Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE).

11. Professionelles Regionalmanagement und effektive Wirtschaftsförderung durch Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung mit dem Kreis Gießen **STV/0627/2006**
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, Verhandlungen mit dem Kreis Gießen über die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung aufzunehmen. Diese soll als Folgeschritt zu der bereits von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Gründung einer Gießen GmbH erfolgen. Im Haushalt 2007 sind entsprechende Planungsmittel und Stammkapital für die Gründung einzustellen, um eine Realisierung noch im Jahr 2007, spätestens aber 2008 zu ermöglichen.

Stv. Zippel, FW-Fraktion, trägt die Begründung des Antrags vor.

Stv. Scherer stellt für die Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP folgenden Änderungsantrag: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat soll mit dem Landkreis Gießen Gespräche über eine gemeinsame Wirtschaftsförderung aufnehmen und anschließend der Stadtverordnetenversammlung berichten.“

Stv. Zippel erklärt, seine Fraktion übernehme den Änderungsantrag.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).

12. Vergabepaxis bei der Anbringung von Werbetafeln auf städtischen Flächen **STV/0731/2007**
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 15.01.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten,

1. zu berichten, ob die Vergabe bzw. Genehmigung von Werbetafeln auf vorgesehenen städtischen Flächen von Seiten städtischer Ämter oder ob diese von einer privaten Firma genehmigt und überwacht werden.
2. Nach welchen Kriterien erfolgt die Genehmigung?
3. Warum wurde die beantragte Plakatanbringung von Seiten des ASTA und DGB Jugendbüro zum Thema „Verfassungsklage Studiengebühren“ auf Anweisung des

Oberbürgermeisters Haumann abgelehnt?

4. Sollte es sich hierbei um rechtliche Gründe handeln, bitte um Benennung dieser.

Der Magistrat wird gebeten, den Antrag des ASTA und DGB Jugendbüro auf Anbringung der Plakate „Verfassungsklage Studiengebühren“ auf städtische Flächen, **kostenfrei**, zu genehmigen.

Stv. Koch-Michel, BLG, erläutert den Antrag, der in seinem ersten Teil vier Fragen und in seinem zweiten Teil eine Bitte an den Magistrat enthält.

Oberbürgermeister Haumann trägt zu den Fragen folgende Antworten der Verwaltung vor:

Zur 1. Frage:

„Die Universitätsstadt Gießen hat der Fa. Deutsche Plakat Werbung (Rechtsnachfolgerin des Hessischen Plakat Instituts HPI) das Recht zur alleinigen Nutzung der von ihr freigegebenen Werbemöglichkeiten auf städtischem Grund und Boden vertraglich überlassen. Damit hat das Unternehmen auch die Verwaltung und Vermarktung von Kurzzeitwerbeflächen in der Stadt Gießen übernommen und überwacht in Zusammenarbeit mit dem Amt für öffentliche Ordnung die Plakatierung.

Eine Begrenzung auf reine Veranstaltungswerbung entspricht dem Ausgangsgedanken des Vertrages, da mit der Schaffung von Kurzzeitwerbeplätzen für Veranstaltungen zu günstigen Bedingungen dem „Wilden Plakatieren“ vorgebeugt werden soll. Für die Verfolgung des „Wilden Plakatierens“ ist ausschließlich das Amt für öffentliche Ordnung zuständig, d.h. bei nicht genehmigter Werbung werden die Betroffenen zur Entfernung aufgefordert und Bußgeldverfahren durchgeführt.“

Zur 2. Frage:

„Gemäß dem Vertrag kann die Zahl der Werbeträger durch Spruchbänder oder Kleinflächen erhöht werden. Kurzzeitwerbeträger werden ausschließlich für Veranstaltungen genutzt. Andere Werbungen für Produkte, Dienstleistungen usw. wird nicht genehmigt. Das Unternehmen hat sich vertraglich verpflichtet, vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannten Vereinen mit Sitz in Gießen die Standorte für ihre Veranstaltungswerbung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Die Genehmigung zum Plakatieren muss vorher bei der Stadt Gießen, Abt. Stadt-Marketing, oder beim Unternehmen beantragt werden. Die Rechnungsstellung erfolgt durch das Unternehmen. Die genehmigten Plakate werden mit einem Aufkleber markiert. Nicht genehmigter Plakatanschlag ohne Aufkleber wird vom Unternehmen entfernt. Die Kosten dafür werden dem Veranstalter in Rechnung gestellt.“

Zur 3. Frage:

„Der Oberbürgermeister hat die Ablehnung nicht angewiesen, sondern er wurde von der Abt. Stadtmarketing lediglich gebeten, die Einhaltung des Vertrages durch die Stadt und das Unternehmen zu stützen. – Dies habe ich dann, wie gesagt, einen Tag nach Ihrer Anfrage auch getan.

Der Antrag zur Plakatierung wurde von dem Unternehmen in Absprache mit der

zuständigen Abteilung Stadt-Marketing abgelehnt, da sich aus dem Vertragsinhalt ergibt, dass die Kurzzeitwerbeplätze ausschließlich für Veranstaltungen genutzt werden, d.h. auch für politische Aussagen stehen diese Werbeflächen nicht zur Verfügung. Eine Öffnung der Kurzzeitwerbeplätze für Aussagen politischen oder sonstigen Inhaltes würde den Ausgangsgedanken, günstige Werbeplätze für Veranstaltungswerbung, insbesondere für Gießener Vereine, zu schaffen, ad absurdum führen.

Auch für das Amt für öffentliche Ordnung ergibt sich daraus, dass keine Sondernutzungserlaubnisse zum Plakatieren erteilt werden können, da diese Sparte vollkommen an das Werbeunternehmen übertragen wurde.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Anfragen und Anträge der verschiedenen Gruppierungen abgelehnt werden müssen, bzw. die Anfragenden auf die allgemeinen Werbemöglichkeiten (Allgemeinstellen/Lifasssäulen) oder die Plakatierung an privaten Einrichtungen mit Einverständnis des Eigentümers verwiesen werden müssen.“

Zur 4. Frage:

„Rechtliche Gründe liegen insoweit vor, wie ich unter Punkt 3, was die Vertragsgegenstände angeht, gerade vorgetragen habe.“

Auf eine Nachfrage der **Stv. Koch-Michel**, BLG, erklärt **Oberbürgermeister Haumann**, der Vertrag sei am 13.11.2000 vor der Verabschiedung der Gefahrenabwehrverordnung geschlossen worden. Die privatrechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt und der Plakatierungsfirma sei durch die Einführung der Gefahrenabwehrverordnung aber unterstützt worden. – **Oberbürgermeister Haumann** bietet der **Stv. Koch-Michel** an, den Vertrag einzusehen.

Stv. Janitzki sieht in der gegenüber dem AStA und dem DGB erfolgten Ablehnung der Plakatierung eine politische Zensur. Die so genannte Universitätsstadt Gießen sei studentenfeindlich.

Bürgermeisterin Weigel-Greulich tritt dem Vorwurf entgegen, die Stadt unterstütze das Anliegen der Studenten nicht. Die Stadt habe dem Wunsch der Gewerkschaft und des AStA entsprochen, dass im Stadtbüro Unterschriftensammlungen vorgenommen werden können. Außerdem hätten die Landtagsfraktionen der SPD und der Grünen bereits die Normenkontrollklage gegen die Studiengebühren eingereicht.

Auf Frage der **Stv. Bietz** erklärt **Oberbürgermeister Haumann**, es handele sich nicht um die Flächen, an denen die Wahlplakate angebracht werden.

Vorsitzende erklärt, dass, nachdem nun der erste Teil des Antrages erledigt sei, über den zweiten Teil des Antrages abzustimmen sei:

„Der Magistrat wird gebeten, den Antrag des AStA und DGB Jugendbüro auf Anbringung der Plakate ‚Verfassungsklage Studiengebühren‘ auf städtische Flächen, kostenfrei, zu genehmigen.“

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt.
(Nein: CDU/GR/FDP/1 SPD; Ja: LINKE; StE: 3SPD).

13. Verschiedenes

Vorsitzende weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder den Beteiligungsbericht 2005 auf ihren Plätzen haben. Die übrigen Stadtverordneten bekämen ihn während der Stadtverordnetensitzung am 8. Februar 2007.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) Eibelshäuser

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Knoth